

Völkische Arbeiterzeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuilleverbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp. Zelle 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b^{III}
Verantwortl. Red.: Emil Hoffmann Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Der Stand der Tarifbewegung in der Lederverwarendindustrie.

Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeit der beiden Schiedsgerichte sind zunächst unterbrochen und haben vor entscheidenden Protest gegen den Antrag der Arbeitgeber eingelegt. Die Einigungsverhandlungen für das Gebiet des Offenbacher Vertrages führten zu einem Vorschlag des Unparteilichen. Gegenüber dem Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums sollten demzufolge die Prozente für die ersten fünf Nebenstunden von 10 auf 15 Prozent erhöht und fünf statt zwei Feiertage bezahlt werden. Eine Erklärung zu dem Vorschlag war bis zum 25. Juni vorgelegen. Es wurde nun vereinbart, sich am 24. Juni in Nürnberg nochmals an den Tisch zu setzen, um zu versuchen, in freier Vereinbarung etwas zu schaffen. Für Berlin werden die Verhandlungen erst später wieder aufgenommen.

Wir müssen die Kollegenchaft dringend ersuchen, sich in keiner Weise provozieren zu lassen und nur der Parole des Verbandes zu folgen: Alles zu unterlassen, was die Bemühungen stören könnte, die Tarifbewegung auch weiterhin zentral in der Hand zu behalten.

Solidarität, Opfermut, Disziplin.

Als der moderne Sozialismus in den Herzen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen Wurzel faßte und in ihnen den Willen erweckte, die heutigen ungerechten Verhältnisse zu beseitigen und durch bessere zu ersetzen, machte sich sofort die Auffassung geltend, daß die Organisation das wichtigste Mittel sei, um das Ziel des Befreiungskampfes zu erreichen. Der Zusammenschluß gleichgesinnter, gleichstrebender Genossen und Kollegen, so behauptete man, werde die zahlreichen Einzelkräfte zu einer ungeheuren Massenkraft zusammenschweißen und das Proletariat in seinem Siegeszuge unumkehrbar machen. Darum nahm der Organisationsgedanke eine solche wichtige Stelle in den Köpfen der Proletarier ein, und das Bestreben, überall Organisationen ins Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten, trat deutlich zutage. Dieses Streben war um so bemerkenswerter, weil die damals herrschende liberal-kapitalistische Weltanschauung von Organisationen nichts wissen wollte. Theoretisch wurde der Grundsatz der Organisationslosigkeit, der das freie Spiel der Kräfte ermöglichte, als der allein richtige bezeichnet und in der Praxis waren Kapitalisten und Behörden in halber Eintracht mit Macht darauf aus, die proletarischen Organisationen zu unterdrücken oder ihnen wenigstens das Leben sauer zu machen. Aber all diesen theoretischen und praktischen Hindernissen zum Trotz liebten die Klassenbewußten Proletarier an ihrer Heberzeugung fest, daß ohne Organisation ein Sieg des Sozialismus und ein Aufstieg der Menschheit unmöglich sei. Und so erschallte denn immer wieder der Ruf nach Zusammenschluß und gemeinsamer Tätigkeit als die Vorbedingung des Fortschritts.

Natürlich darf eine Organisation keine leere Form bleiben ohne Inhalt, kein äußeres Band, das die Menschen umschließt, sondern sie muß mit sozialistischem Geist erfüllt werden. Der

Geist ist es, der lebendig macht, sagt ein Bibelwort und dies trifft wohl auf keine menschliche Einrichtung mehr zu als auf die Organisation. Darum haben sich auch die Gründer und Leiter der proletarischen Organisationen stets bemüht, die Mitglieder im rechten Geiste zu erziehen. Schon Wilhelm Weitling, der erste bedeutende Agitator und Organisator proletarischer Herkunft, weist die Mitglieder der von ihm gegründeten Arbeitervereine darauf hin, daß es nicht genüge, die Beiträge zu bezahlen und das Mitgliedsbuch in Ordnung zu haben, sondern daß es vor allen Dingen darauf ankomme, im Geiste der Organisation zu leben und zu handeln. Und seit jener Zeit hat eine unablässige, nachhaltige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit eingekehrt, die den Zweck verfolgt, die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu tüchtigen Mitgliedern heranzubilden. In den Organisationen sollen alle jene Tugenden (Tugend kommt von taugen) gepflegt werden, die aus dem Geiste der Organisation entspringen und die die Voraussetzung bilden für ein gedeihliches Wirken.

Die erste und vorzüglichste Tugend, die das Proletariat in seinen Vereinigungen geübt hat, ist die Solidarität, das heißt das Eintreten des einen für den anderen, die gegenseitige Hilfeleistung in allen Wechselfällen des Lebens. Wie könnte dies auch anders sein? Der Solidarismus ist ja die Grundlage eines jeden menschlichen Zusammenwirkens, denn eine jede Gesellschaft, in der der Einzelne seinen eigenen Vorteil sucht, ohne auf das Wohl und Wehe seiner Nebenmenschen bewußt zu sein, muß notwendig bald zerfallen. Die Mitglieder einer Organisation müssen sich gegenseitig als Brüder und Schwestern betrachten, die gemeinsame Interessen haben und zur Erreichung ihrer Zwecke Hand in Hand arbeiten. Das Wohl der Gesamtheit ist das höchste Ziel, dem alle andern Bestrebungen untergeordnet werden müssen. Man muß es dem deutschen Proletariat zum Ruhme nachsagen, daß es den Grundsatz des Solidarismus nicht nur in der Theorie gepredigt, sondern, daß es ihn auch in die Praxis umgesetzt hat. Das proletarische Solidaritätsgefühl ist zur Tat geworden, denn die deutschen Proletarier haben immer und überall solidarisch gehandelt und nach den Grundsätzen des Solidarismus haben sie ihr Tun und Lassen eingerichtet. Nicht nur innerhalb der einzelnen Organisation haben sie Solidarität geübt, sondern auch die Organisationen untereinander haben durch die Tat bewiesen, daß sie solidarisch empfinden. Und über den Rahmen der Organisation hinaus haben sie sich bemüht, eine Gesellschaft zu schaffen, in der nicht mehr Erwerbssüger und Selbstsucht das Zepter führen, die vielmehr auf der Grundlage des Solidarismus beruhen soll. Dieses Eintreten für den Solidaritätsgedanken und seine Verwirklichung ist dem deutschen Proletariat um so höher anzurechnen, weil die bürgerliche Theorie und Praxis jener Zeit von einem Solidarismus nichts wissen wollte, sondern den Grundsatz vertrat, daß jeder einzelne für sich selbst sorgen müsse und keine Verantwortung habe, auf seine Mitbewerber Rücksicht zu nehmen.

Aus der solidarischen Gesinnung entspringt ganz von selbst der Wille, im Interesse der

andern Menschen und zum Wohle der Gesamtheit Opfer zu bringen. Der Wille, mehr zu tun, als nur die einfache Pflicht und Schuldigkeit, erzeugt einen Opfermut, der zu den größten Heldentaten begeistert. Wer Aufopferungsfähigkeit besitzt, der ist bereit, seine Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn es die große Sache erfordert, Gut und Blut und Leben freudig hinzugeben, wenn dadurch das ersehnte Ziel erreicht werden kann. Hier zeigt uns die Geschichte der Arbeiterbewegung zahlreiche Beispiele eines bewunderungswürdigen Opfermuts. Solche Arbeiter und Arbeiterinnen haben eine heldenmütige Gesinnung an den Tag gelegt, der selbst der erbitterteste Gegner Anerkennung zollen muß, und auch hervorragende Führer haben auf alle Annehmlichkeiten des Lebens Verzicht geleistet und ihr ganzes Dasein der Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet, nachdem sie sich von der bestehenden Klasse losgelöst hatten, der sie ihrer Geburt und Erziehung nach angehörten. Es ist ja ohne weiteres klar, daß ein jeder Kampf Opfer kostet und daß besonders der proletarische Befreiungskampf hohe Anforderungen an die Opferbereitschaft des Einzelnen stellt. Die armen, unterdrückten Volksschichten, die um ihren Aufstieg aus geistlicher und materieller Elend ringen, können ihren Führern keine hochbezahlten Stellungen geben und auch keine Orden und Ehrenzeichen verleihen, sie müssen vielmehr auf Menschen rechnen, die ihre privaten Interessen hintanziehen und der guten Sache Opfer bringen. Und solche Männer und Frauen hat die Arbeiterbewegung noch immer gefunden. Auch in ihr sind natürlich Streber und Selbstsucher vorhanden, aber im allgemeinen zeigt sich doch unbeschreiblich viel Selblosigkeit und Aufopferung. Hier zeigt sich deutlich der Gegensatz zwischen proletarischer und kapitalistischer Weltanschauung. Letztere erblickte Jahrzehnte hindurch in der Sorge für den eigenen Vorteil die treibende Kraft im Menschenleben und deshalb erkannte ihr das selbstlose Heldentum als eine sentimentale Schwäche, wenn nicht gar eine unverzeihliche Dummheit. Ganz folgerichtig war deshalb das Strebertum die charakteristischste Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft.

Da eine jede Organisation ihrem inneren Wesen nach ein Hand-in-Handarbeiten der einzelnen Mitglieder voraussetzt, so ist die Erziehung zur Disziplin eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung. Daß die Mitglieder von ein und demselben Geiste befeuert, daß sie durch einen auf ein gemeinsames Ziel gerichteten Willen unter einander verbunden sind, ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, wenn sie Erfolg haben wollen. Eine Organisation kann nun einmal nicht anders bestehen, als daß der Einzelne sich dem Willen der Allgemeinheit unterordnet. Wenn jedes einzelne Mitglied seinen eigenen Willen haben und seiner eigenen Meinung folgen will, so muß naturgemäß ein wirres Durcheinander entstehen, das den Untergang der Organisation herbeiführt. Allerdings hat jeder das Recht, seine Meinung zu sagen und für seine Auffassung innerhalb der Organisation Propaganda zu machen, wenn aber die Entscheidung gefallen ist, so muß er sich eben fügen. Eigenbrötler und Querstreiber richten eine jede Organisation schließlich zu Grunde, und

Leute, die alles besser wissen und sich nicht belehren lassen, sind die Totengräber eines jeden organischen Gebildes. Darum ist die Disziplin eine Lebensfrage für das kämpfende Proletariat und darum muß es alle Zersplitterungsversuche von vornherein im Keime ersticken. Wer so von Feinden umringt ist, wie die deutsche Arbeiterklasse, der hat alle Ursache, die Einheit und Eintracht zu wahren und die Disziplinlosigkeit in den eigenen Reihen bis aufs Blut zu bekämpfen. Dieser Einsicht entsprechend hat das Proletariat bisher gehandelt und wird es auch ferner handeln.

Warum wird in der Offenbacher Lederverindustrie gestreift?

Diese Frage wirft die Arbeitgeberorganisation in ihren Organen auf und ver sucht in der Öffentlichkeit die Stellungnahme der Industrie zu rechtfertigen. Ehe wir uns zu dieser Frage äußern, gestatten wir uns eine Vorbemerkung: Wenn wir die Bedeutung dieses Streikes nach der Menge der Drucker schätze beurteilen sollen, welche in diesem Kampf verwendet wird, dann hat es in Deutschland nie einen größeren Streik gegeben als zurzeit in Offenbach. Recht ausfällig ist aus allen den verhandelten Methoden zu erkennen, daß in Offenbach noch nie gestreift wurde. Wenn die Bergarbeiter, Eisenbahner oder sonst eine wichtige Berufsgruppe im Kampfe steht, kann man sehr leicht das allgemeine Interesse verstehen, das aus Gründen der Volkswirtschaft solchen Wirtschaftsstörungen entgegengebracht wird. Diese Hemmnisse sind aber durch diesen Kampf nicht zu befürchten, wenn auch nicht verkant werden kann, daß für die Offenbacher Bevölkerung ein solcher Kampf ohne Schaden weiterer Kreise nicht geführt werden kann.

Wenn wir uns in diesem Kampfe als Zunächstbeteiligte eine gewisse Reserve auflegen, so aus den Gründen jahrelanger Erfahrung, daß Pressepolemiken nicht den Weg bilden, um Differenzen auszutragen und daß man besten Endes doch wieder zusammenkommen muß. Je weniger man sich auseinandergeschieben hat, desto leichter wird die Verständigung ermöglicht. Aus diesen Gründen heraus glauben wir sachlich bleiben zu sollen, können jedoch die nach unserer Auffassung irrige Darstellung im Arbeitgeberlager nicht un widerprochen lassen.

Wir haben bereits in der letzten Nummer unserer Zeitung kurz auf die Ursachen dieses Kampfes hingewiesen. Der erste Kern der Industrie zeigte an, daß ab 6. Juni der geordnete Zustand für das Einzelarbeitsverhältnis eintrete. Der zweite Kern ging weiter und wollte dem Arbeiter die Bedingungen des von uns abgelehnten Schiedspruches zugestehen und lautete folgendermaßen:

„Nachdem nunmehr das Reichsarbeitsministerium am 28. Mai einen Schiedspruch bezügl. des neuen Kantestarfs verkündet und sich die Arbeitgeberorganisation auf den Boden dieses Schiedspruches gestellt hat, teilen wir in Ergänzung der feinerzeitigen Ankündigung heute mit,

daß ab 6. Juni 1924 für das einzelne Arbeitsverhältnis nicht allein die gesetzlichen Vorschriften maßgebend sein sollen, sondern daß wir gewillt sind, ab 6. Juni die für die Arbeiter schärfsten Bedingungen des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums dem einzelnen Arbeitsverhältnis zugrunde zu legen.

Arbeitnehmer, welche am 6. Juni nicht zur Arbeit erscheinen oder auf andere Art zu erkennen geben, daß sie zu den Bedingungen des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums nicht arbeiten wollen, verzichten damit auf das feitherige Arbeitsverhältnis und haben sich deshalb von heute ab als entlassen zu betrachten.“

(Unterschrift.)

Das Schmerzlichste liegt in dem Nachsatz, daß sich jeder Arbeitnehmer als entlassen zu betrachten habe, wenn er diese Bedingungen nicht anerkenne. Hierzu ist zu bemerken, daß einmal der Revers Nr. 1 eine Unberücksichtigung war, denn Selbstverständlichkeiten sollen nie in unserer armen Zeit nicht noch besonders festlegen lassen. Revers Nr. 2 will den Arbeitnehmern mehr geben als die gesetzlichen Bestimmungen, und zwar die Ertragsgewinne des Schiedspruches. In den Augen des urteilstosen Bürgers eine humane Tat. Warum man aber diese Güte dem Arbeiter aufzudrängen will und ihn zur Strafe entlassen will, wenn er diese Bedingungen nicht anerkennt, mügen die Götter wissen. Aber vielleicht wissen es auch gewöhnliche Sterbliche. Die Arbeitgeberorganisation behauptet durch ihre Führung, daß der Nachsatz nicht so zu verstehen sei, wie ihn gewöhnliche Menschenfinder nur lesen können. Die Arbeiter hätten ihre Gewerkschaft nicht gebunden, wenn sie freiwillig zu den Bedingungen des Schiedspruches

die Arbeit fortgesetzt haben, so lautete die Erklärung in den Unternehmerorganen. Dieses der Arbeiterschaft klarzumachen, ist das, was man „Ueber unsere Kraft“ nennt.

Um mit denselben Worten der Arbeitgeberpresse zu reden: Es müssen also schon andere Gründe sein, welche die Arbeitgeber veranlaßt, diese durch nichts begründete Aussperrung in so „stivoler“ Weise vom Zaun zu brechen.

Zunächst betonen wir, daß es uns widerstrebt, mehr an dieser Stelle zu sagen als unbedingt notwendig, weil wir wissen, daß im Allgemeinen in dieser mehr als zwanzigjährigen Lärmgemeinschaft ein starker Wille zur erklärten Miteinanderarbeit vorhanden war und die Führung im Arbeitgeberlager in diesem Programm aufging. Seit Wochen und Monaten scheint man aber in Offenbach sich an die Methoden der Großindustrie anzulehnen zu wollen und hat augenscheinlich diese Richtung zunächst die Oberhand. Ob man diese Leute freiwillig in das erste Glied treten ließ oder ob sie sich diesen Vorteil erungen haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls führt jetzt ein etwas scharfmacherischer Geist die Arbeitgeberorganisation. Zurzeit wird man sich dieses leisten können, ob für immer, dürfte selbst von dieser Richtung aus verneint werden. Doch darüber weiter unten.

Daß die Arbeitgeber was anderes mit diesem Revers gewollt haben, als wie sie behaupten, dürfte sehr leicht aus einer Erklärung der Streikleitung des christlichen Lederarbeitersverbandes zu beantworten sein, die wir im Auszug wiedergeben. Es heißt darin: „Unwahrheiten werden deshalb nicht zur Wahrheit, wenn man sie druckt.“ Mit obiger Einstellung bringt die Bereinigung der Offenbacher Lederverfabrikanten in hiesigen Zeitungen vom 14. Juni eine Erklärung, welche die Streikleitung des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter nicht un widerprochen hingehen lassen kann. Das Wortwort, welches die Arbeitgeber gebraucht haben, fällt treffend auf sie zurück. Bezugnehmend auf eine Pressemeldung in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ vom 10. Juni, wonach die christlich organisierten Lederarbeiter den Streik abgelehnt haben, trifft nicht zu. In jener Verlautbarung hat man einstimmig den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt. Von einem Streik war überhaupt nicht die Rede. Die Arbeiterschaft hat es ja auch nicht notwendig, für den Streik zu stimmen, denn die Arbeitgeber haben bekanntlich am 5. Juni ein Zirkular an die Arbeitnehmer verleiht und zu erkennen gegeben, daß diejenigen Arbeiter, welche am 6. Juni nicht zur Arbeit erscheinen oder auf andere Art zu erkennen geben, daß sie zu den Bedingungen des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums nicht arbeiten wollen, damit auf das feitherige Arbeitsverhältnis verzichten und sich deshalb ab heute als entlassen zu betrachten haben. Durch die Ablehnung des Schiedspruches seitens der Arbeiterschaft und obiger Erklärung der Arbeitgeber vom 5. Juni war die Aussperrung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer vollzogen. Die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederverindustrie stehen im Abwehrkampf, den die Unternehmer uns aufgezwungen haben. Wir wehren uns gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages.“

Der Abwehrkampf in der Industrie brauchte sicher nicht geführt zu werden, wenn die Arbeitgeber dem Spruch des Tarifamtes vom 14. Mai ihre Zustimmung gegeben hätten. Bei etwas gutem Willen wäre das auch gegangen. Wenn in den übrigen Gebieten Deutschlands in der Lederverindustrie die Arbeitgeber den alten Vertrag weiter anerkannt haben, so hätte man auch in Offenbach so handeln können. Woran das liegt, wollen wir heute nicht untersuchen.

Solange man uns das Gegenteil nicht nachweisen kann, müssen wir leider glauben, daß die von der christlichen Organisation gegebene Darstellung den Nagel auf den Kopf trifft. Der Nachweis unserer Auffassung würde noch leichter zu führen sein, wenn unsere Kollegen 24 Stunden lang kaltes Blut bewahrt hätten, dann wäre die in einzelnen Betrieben begonnene Aussperrung doch ganz allgemein geworden.

Warum also in Offenbach gestreift wird, dürfte klar zu erkennen sein, obgleich an sich die Differenzen nicht unüberbrückbar sein können. Wenn die Absicht nicht vorgelegen haben soll, unseren Verband im voraus zu binden, so hätte unserer Auffassung nach die Zurücknahme des Reverses sich leicht ermöglichen lassen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ sagt in der Nr. 439: „Im Materiellem scheinen uns die beiden Standpunkte wirklich nicht so weit auseinander zu liegen. Und die Welt unserer Wirtschaft ist heute schon wahrhaftig groß genug, um beiden Parteien den Wunsch nach einer Vermöigung der Arbeitsunterbrechung dringend nahe zu legen.“

Auch wir sind der Meinung, daß die Offenbacher Lederverindustrie mehr auf ihre Arbeiterschaft angewiesen ist als irgendeine andere Industrie. Die handwerkliche Eigenart unserer Industrie, das persönliche Geschick und die durch fast hundert Jahre

angelebte Beschmadstechnik läßt sich nicht importieren und gehören beide Teile, Arbeiter und Industrie, zusammen.

Einen Tarif der Arbeiterschaft aufzuzwingen, der unserer traditionellen Entwicklung auf diesem Gebiete nicht entspricht, ist ein Unling. Dieses gilt auch über Offenbach hinaus, da wir in der gesamten Lederverindustrie zurzeit ohne Vertrag leben. Wir haben das Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft, daß sie sich mit einem vertragslosen Zustand abzufinden versteht und einen für uns unmöglichen Vertrag sich nicht aufzwingen läßt, trotz der Ungunst der Verhältnisse. Auf die Dauer kann aber die Industrie nicht ohne Vertrag bestehen; wenn dieses bis jetzt noch nicht aufgefallen ist, dürfte beim geringsten Anzeichen der Konjunktur daran erinnert werden. P. B.

Aus unseren Berufskreisen.

Reichsstarik oder Landesstarik. Diese Frage spielte auf dem Verbandstage des sächsischen Landesverbandes selbständiger Sattlermeister eine nicht unwesentliche Rolle. Der Antrag lag vor: Ablehnung eines Landesstariks und Wiedereinführung eines Reichsstarikes. Der Vorstand betonte die Unmöglichkeit, zurzeit einen Reichsstarik wieder einzuführen, da größere Reichsteile gegen den Abschluß eines solchen Vertrages seien. Der sächsische Vertrag müsse erneuert werden, damit keine Störung eintrete. Trotdem wurde ein Antrag angenommen, bei der Reichsverbandsthe die Anbahnung eines Reichsstarikes wieder zu betreiben und bis zum Abschluß desselben einen Landesstarik mit der Gehilfenschaft abzuschließen.

Diese Frage wird also den Verbandstag, der im August in Berlin stattfindet, aller Wahrscheinlichkeit nach beschäftigen. Wir haben feinerzeit die Notwendigkeit eines solchen Vertrages betont und bedauert, daß uns Bedingungen gestellt wurden, die uns den Abschluß zur Unmöglichkeit machten. Wir halten auch heute noch daran fest, daß für die Sattlerbetriebe ein Reichstarik Vorteile für beide Teile bringt.

„Etwas für alle.“ Unter diesem Titel erschien mit „Römischer Kaiserlicher Majestät Freyheit“ im Jahre 1690 das berühmte Werk des Wiener Hofpredigers Abraham a Sancta Clara, der unseren älteren Lesern kein Unbekannter ist, da wir früher schon diesen von Goethe und Schiller gepriesenen Sprachkünstler bei uns zu Worte kommen ließen. Zu diesem Werk hat der Amsterdamer Künstler Caspar Luyten einige Kupferliche gefertigt, darunter auch zwei aus unserem Berufe, und zwar „Der Sattler“ und „Der Tackner“. Diese entsprechenden alten Kupferliche des 17. Jahrhunderts dürften den Besuch aller Fachkreise finden. Diese Bilder sind mit einem entsprechenden Schatzeller versehen und geben einen Einblick in das Handwerksmilieu der damaligen Zeit.

Im Kunstverlag von Karl Geringhaus in Planegg bei München sind nun zwei originalltreue Gravüren erschienen, die auf Wunsch ohne Kaufzwang und ohne Vorauszahlung zur Ansicht verhandelt werden. Diese Bilder, kosten jedes 3 Mk. und können jedem Zimmer oder auch Arbeitsraum als Schmuck dienen.

Aus der Lederverwirtschaft.

Die Häutepreise sind seit jeder lebhafter Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen. Insbesondere haben auch wir wiederholt Stellung zu den Häuteauktionen genommen und die dort geradezu gemeinschaftlichen Auswüchse scharf kritisiert. Die Bemühungen der Regierung, auf dem Verordnungswege eine Besserung herbeizuführen, haben nur sehr wenig Erfolge gebracht. Bei unseren Tarifberatungen haben wir Gelegenheit genommen, auf diese Verhältnisse hinzuweisen und den Weg gezeigt, wie der Rohstoffverwertung zu begegnen sei. Die Arbeitgebervertreter vertraten teilweise den Standpunkt, daß eine Werbilligung der Häutepreise nur durch die legalen Wirtschaftsgesetze zu erreichen sei. Fast scheint es so, als wenn diese Stimmen recht gehabt hätten, denn das „Berliner Tageblatt“ vom 10. Juni nimmt in einem längeren Artikel Stellung zu den heruntergezogenen Preisen für Häute und Felle. Es heißt da:

„Die Ursache dieser für den Artikel rohe Häute und Felle so überraschenden Wenigung der Konjunktur ist in manderlei Richtung zu suchen. Solange der deutsche Markt für feiliges Leder eine Domäne der deutschen Lederzeugung darstellte und ausländische Konkurrenz nicht sichtbar war, solange ferner die Läden in Leder und Lederverarbeiten noch nicht wieder voll aufgefüllt waren und für alle Gattungen eine lebhaft Nachfrage bestand, bewegten sich die Lederpreise auf einer Basis, die ebenfalls über dem Weltmarktwert stand und den Verbergen die Bewilligung hoher Häutepreise ermöglichte. Mit der Aufhebung des Einfuhrverboies für Leder änderte sich das Bild

